

FR-Blog: Arm ist arm

Jammern wir zu viel? Worüber beschwerten wir uns? Verlieren wir das Eigentliche aus dem Blick? Was ist das Eigentliche?

Schönwetter-Demokraten

Ja, ich gebe Bronski vollkommen recht, dass man grundsätzlich dankbar sein kann dafür, in dieser Republik zu leben; denn es geht den Meisten zumindest materiell nicht schlecht. Doch Hundsmiserabel geht es jenen, die zum unteren Drittel dieser Gesellschaft gehören. Denn jene muss man als arm bezeichnen. Armut ist grausam. Vererbt sich und wirkt stigmatisierend. Die kulturelle Teilhabe an gesellschaftlichen Leben kommt gleich null.

Wir brauchen eine gerechtere Gesellschaft, in der Umverteilung kein Fremdwort ist. Doch dies lässt sich nur dadurch erreichen, wenn sich unsere Republik nicht nach rechts entwickelt, sondern sich durch die Existenz der bürgerlichen Freiheitsrechte durch eine konsequente Reformpolitik, die diesen Namen verdient, gerechter machen lässt. Ich behaupte also, dass das „untere Drittel“ zu Recht jammert und wir eine konsequente Reformpolitik mit antikapitalistischen Strukturreformen brauchen.

Allen, die mit der Wahl der AfD liebäugeln, sei gesagt, dass mit einer AfD-Regierungsverantwortung die Verhältnisse noch viel schlimmer würden und Arme etw. ausgegrenzt würden. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass viele Bürgerinnen und Bürger dieses Staates sich bestenfalls als Schönwetterdemokraten bezeichnen lassen, die nur so lange der Demokratie treu bleiben, wie es für sie nichts kostet. Wir brauchen Menschen, die diese Demokratie aufrichtig bejahen, und es ist Aufgabe der Bildungspolitik, diese Demokratie auch emotional zustimmend für die große Mehrheit der Menschen zu machen. Ja, wir brauchen auch gefühlsmäßig ein absolutes Ja zu den Werten des Grundgesetzes.

Manfred Kirsch via FR-Blog

Diskussion: frblog.de/jammer

Wenn Kinderarbeit gut ist für die Wirtschaft – warum nicht?

Lieferkettengesetz: „Deutschland hält sich raus“, FR-Wirtschaft vom 7. Februar, und „Die FDP hat geliefert“, FR-Meinung vom 3. Februar

Die FDP als neoliberale Resterampe

Es geht mal wieder um die FDP, und um Christian Lindner / Marco Buschmann, die sich mit ihrer Blockade des Lieferkettengesetzes gegen die Initiativen zur Verhinderung von Kinderarbeit und Ausbeutung stellen, sich in der BRD und der EU unbeliebt machen und sich in der Regierungskoalition wieder als Störenfried und in der Wirtschaftswelt als deren bester Freund des untauglichen „Neoliberalmarktes“ entpuppen.

Brauchen wir eine solche, reaktionäre Klientelpolitik, die in die Hände der „Rechten spielt“? Die FDP der Lindner-Periode nur noch als Betreiber einer Resterampe zur Verwertung abgehalfterter, neoliberalistischer Dogmen zur Wirtschaftspolitik? Lindner und Buschmann als Lokführer und Bremsen auf einem nur noch Dampf produzierenden, ins Alten-Abstellgleis geschobenen Güterzug? In kumpelhafter Harmonie mit der DB-Aktiengesellschaft verbunden, hoffen sie auf eine nützliche Weichenstellung für ihren elitären Fahrplan und einen gleichgesinnten Fahrdienstleiter?

Der Reim darauf geht so: „Es fährt ein Zug nach nirgendwo, und gute Reise, Christian und Marco.“ Heinz-A. Hetschold, Witten

Warum sollte man für Ideale was tun?

Nein, die FDP macht keine Politik, sie spielt „Politik machen“! Neuestes Beispiel ist die Diskussion um das Lieferkettengesetz. Die FDP blockiert – wieder mal. Wenn es opportun erscheint, wird auf fehlende EU-weite Regelungen verwiesen. Und wenn es opportun erscheint, werden einheitliche EU-weite Regelungen abgelehnt. Wie beim Aus für Verbrennermotoren und jetzt beim Lieferkettengesetz.

„Der Schutz der Menschenrechte gehört zum Selbstverständnis der EU“, sagte Justizminister Buschmann (FDP) am Donnerstag der DPA. Daher unterstütze er uneingeschränkt das



Blockiert mal wieder: Christian Lindner, FDP-Chef und zurzeit Bundesfinanzminister.

ANN-MARIE UTZ/DPA

von der Richtlinie verfolgte Ziel, einen besseren Schutz von Menschenrechten und Umwelt in den Lieferketten europäischer Unternehmen sicherzustellen. Dieses Ziel dürfe aber nicht zu einer „Selbststrangulierung“ unseres Wirtschaftsstandorts führen. Anders ausgedrückt: Ideale sind schön und gut, aber etwas dafür tun dann doch besser nicht. Schon gar nicht, wenn es um Geld/die Wirtschaft geht. Und dafür wird er von bürgerlich-konservativen Medien gefeiert.

Es ist ermüdend, sich an der FDP abzarbeiten. Hoffen wir, dass der Spuk 2025 ein Ende hat. Oder noch besser schon früher! Wann bemerken SPD und Grüne endlich, dass sie von der FDP mit in den Abgrund gerissen werden? Otto Gebhardt, Frankfurt

Enthaltung beim Thema Kinderarbeit

Es ist ja schon seit Jahrzehnten allgemein bekannt, dass die FDP in erster Linie die Interessen der

Reichen und Wohlhabenden in diesem Land berücksichtigt und unterstützt. Aber, dass sie – um dieses Ziel zu wahren – jetzt sogar gegen das vom Justizminister Buschmann (FDP) mitentwickelte Lieferkettengesetz stimmt –, ist im höchsten Maße unethisch und unmenschlich. Denn sogar die FDP weiß, unter welchen unmenschlichen, entsetzlichen und krankmachenden Bedingungen, auch durch Kinderarbeit, viele Produkte hergestellt werden.

Ich bin fassungslos, dass die FDP gegen ein Gesetz stimmt, das das Leben vieler Menschen ein wenig menschlicher macht. Aber auch, dass sie es darüber hinaus geschafft hat, Vertreter unseres Landes zu einer Enthaltung bei der Abstimmung zu bringen. Hilke Lehmsiek, Hamburg

Auf dem Boden der Menschenrechte

Herr Demele bringt in seinem Gastbeitrag das Verhalten der

FDP klar auf den Punkt. Diese Partei ist mittlerweile ausschließlich und allein Wirtschaftsinteressen verpflichtet, verstanden als reine Profitintressen in dem Sinne, dass ihnen nichts im Wege stehen darf, auch nicht Menschenrechte. Wenn sich deutschen (und europäischen) Firmen und Konzernen dadurch besonders vorteilhafte Wettbewerbsbedingungen eröffnen, dass sie in KZ-ähnlicher oder Sklavenarbeit entstandene Vorprodukte billig einkaufen, ist es für die Lindner-FDP offenkundig verbindlich, das Interesse an solchen Bedingungen als unbedingt schutzwürdiges Interesse zu verstehen und alles in ihren Parteikräften Stehende zu tun, um eine dieses Interesse behindernde Politik scheitern zu lassen.

Zu Beginn der „Ampel“-Koalition unterschrieben die so genannten Liberalen einen Koalitionsvertrag, in dem auch das Mitwirken an einem europäischen Lieferkettengesetz vereinbart war.

Zwar dürfte auch die FDP den Grundsatz „Pacta sunt servanda“ (geschlossene Verträge sind einzuhalten) kennen, aber sie wendet ihn nur auf einen anderen, wenngleich inoffiziellen Pakt an, den mit den Unternehmerverbänden im Sinne der Verbindlichkeit von deren Beschlüssen.

Eine Partei, die sich als die Partei des Eintretens für menschliche Freiheit – und damit der Menschenrechte – darstellt und doch die Menschenrechte aus dem Wege zu räumen versucht, wenn die reaktionärsten Konzerne und ihre Verbandslobby das verlangen, hat nichts Liberales mehr an sich. Das Wort ist zur Lüge geworden.

Der Kanzler, ein Sozialdemokrat, sollte auf dem Boden des Koalitionsvertrages und im Sinne seiner Richtlinienkompetenz auf keinen Fall eine Stimmenthaltung Deutschlands im Hinblick auf das Europa-Lieferkettengesetz akzeptieren. Er verliere sonst jede Glaubwürdigkeit – auch als Sozialdemokrat!

Jürgen Kasiske, Hamburg

Betreiben die USA keinerlei Propaganda, oder reden wir nur nicht drüber?

Waffenlieferungen an die Ukraine: „EU muss mehr helfen“, FR-Meinung vom 2. Februar

Pazifisten stehen auf der falschen Seite

„Give Peace a Chance“ – dieses 55 Jahre alte Lied von John Lennon wird immer wieder von den Pazifisten als Hymne gegen jeglichen Krieg hochgehalten. Hierbei wird verkannt, dass John Lennon – zusammen mit Yoko Ono – seine „Kampagne für den Frieden“ explizit als politische Forderung gegen die Teilnahme der USA am mörderischen Vietnamkrieg verstand, weil dort seit 1965 auch amerikanische Soldaten eingesetzt wurden. John Lennon wollte mit „Give Peace a Chance“ keinesfalls die Vietnamesen zum Aufgeben bewegen. Wenn Pazifisten (und die, die sich dafür hal-

ten) heute Waffenlieferungen an die Ukraine ablehnen, dann stehen sie auf der falschen Seite. Denn wenn die Ukraine (ohne geeignete Waffen) sich nicht mehr gegen die russischen Invasoren wehren kann, hat das die vollständige Besetzung und Unterwerfung der Ukraine zur Folge. Wenn man bedenkt, dass Putin kürzlich auch die baltischen Staaten als „Nazis“ beschimpft hat, dann ist vorgezeichnet, welche Staaten als nächstes mit einem Angriff rechnen müssen.

Wer Waffenlieferungen an die Ukraine ablehnt, mag sich subjektiv als Förderer des Friedens fühlen; objektiv ist er aber ein Kriegstreiber, weil er Putin (Entsprechendes gilt auch für andere

Diktatoren weltweit) zur Führung immer weiterer Kriege ermutigt. Lutz Eisel, Bochum

Gegen jegliches imperiale Streben

Wenn ich die Stellungnahmen zum Ukraine-Konflikt in der FR Revue passieren lasse, habe ich den Eindruck: Weit über 95 Prozent zeichnen ein klares Schwarz-Weiß-Bild. Bei den Leserschriften sieht es nicht so einseitig aus. Im Feuilleton sowie der Rubrik „Friedensfragen“ kommen gelegentlich abweichende Positionen zu Wort. Ich begrüße ausdrücklich solche abweichenden Positionen. Dies ist selten genug der Fall. Wie soll man die öffentliche He-

gemonie einer Sichtweise hierzu eigentlich nennen? Was Russland angeht, nennt man das zu recht Propaganda.

Wolfgang Streeck trug nun eine lange Reihe von Argumenten vor, die deutlich machen, dass dieses Schwarz-Weiß-Bild aus seiner Sicht nicht zu halten ist. Aus Sicht der Kritiker aber scheint es unnötig, diesen Punkten inhaltlich zu widersprechen! Da sie nicht gegen Russland vorgebracht werden, werden sie per se ignoriert. Stattdessen wird Streeck vorgeworfen, Kreml-Propaganda zu betreiben. Seine Sichtweise, dass es sich beim Ukraine-Konflikt um einen jahrzehntelangen geopolitischen Machtkampf zwischen Russland und USA um die Dominanz im eu-

rasischen Raum handelt, bei dem die Ukraine das Schlachtfeld ist und bei dem der „Westen“ sehenden Auges den absehbaren Angriff Putins in Kauf genommen hat, wird regelmäßig übel diskreditiert.

Um dem absurden Vorwurf vorzubeugen, ich würde Kreml-Propaganda betreiben, bekenne ich, mich mit Worten gegen jegliche Art von imperialem Bestreben von Staaten und Staatenbünden zu wehren – ob sie nun von Diktatoren oder von Demokratien ausgehen. Da geht es um Territorien und Machteinfluss und die Menschen werden mit ihrem Leben dafür in Geiselhaft genommen.

Joachim Reinhardt, Hüttenberg

Diskussion: frblog.de/friedenslogik